

## Öffentliche Gesundheitsdienste

# Public Health stärken

> Kirsten Kappert-Gonther

In unserem überwiegend auf Individualmedizin beruhenden Gesundheitssystem kommt dem Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) mit seinem Public Health-Ansatz eine wichtige Rolle zu. Die Pandemie führt uns eindrücklich vor Augen, dass Gesundheit kein rein individuelles Geschehen ist. Seit Monaten sind die Gesundheitsämter tagtäglich mit der Eindämmung des Coronavirus beschäftigt. Gerade die Kontaktnachverfolgung ist aufwändig und personalintensiv. Doch die Ämter sind vielerorts unterfinanziert, unterbesetzt und unzeitgemäß ausgestattet – eine Folge der Sparpolitik der letzten Jahrzehnte.

Zwar wird die defizitäre Lage der Ämter mittlerweile auch von der Kanzlerin anerkannt und Hilfe versprochen. Im „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ sichert die Bundesregierung dem ÖGD insgesamt vier Milliarden Euro für Personal und moderne Strukturen zu. Profitieren sollen davon vor allem die örtlichen Gesundheitsämter. Doch die versprochenen Mittel kommen zu spät, sind zu gering und dürften vor Ort kaum eine nachhaltige Wirkung entfalten.

Mittel für zusätzliches Personal sollen erstmals Mitte 2021 ausgezahlt werden, die letzte Tranche erfolgt 2026. Das ist einerseits zu spät, um die akuten Herausforderungen im Zuge der Pandemie zu meistern; vorerst sollen es daher SoldatInnen und Personal aus der Bundesverwaltung richten. Eine wasserdichte Strategie sieht anders aus. Andererseits ist der zeitliche Förderrahmen zu kurz, um den Ämtern eine Zukunftsperspektive zu geben. Denn was passiert mit den

zusätzlichen Stellen, wenn die Bundesfinanzierung ausläuft?

Unklar ist auch, woher das zusätzliche Personal kommen soll. Solange nicht-ärztliches Personal nicht entscheidend aufgewertet und die amtsärztliche Vergütung verbessert wird, dürfte sich der „Run“ auf die Stellen im Rahmen halten. Das betrifft insbesondere einkommensschwache Regionen, denen die Besetzung von Stellen prinzipiell schwerer fällt, wo der Bedarf an zusätzlichem Personal aber am größten ist. Bund und Länder müssen sicherstellen, dass das Geld schnell dort ankommt, wo es wirklich benötigt wird.



Foto: Thomas Trutschel

Grundsätzlich bedarf der Öffentliche Gesundheitsdienst, insbesondere seine untersten Behörden, einer dauerhaften Stärkung. Die Mittel für den Dienst müssen, abgestimmt zwischen Bund und Ländern, auf mindestens ein Prozent der Gesamtausgaben für Gesundheit angehoben werden, das entspricht etwa vier Milliarden Euro – jährlich. Der Öffentliche Gesundheitsdienst der Zukunft soll so zu einem professionellen Netzwerk weiterentwickelt werden, das die öffentliche Sorge um die Gesundheit aller nachhaltig stärkt.

> Dr. Kirsten Kappert-Gonther, MdB, ist Ärztin und Sprecherin für Gesundheitsförderung sowie für Drogenpolitik der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

## Schwerpunkt | Ressourcen: Boden, Wasser, Luft

- 26 Die unterschätzte Ressource Boden | Zwischen Burn-out und Sold-out**  
 „Noch 60 Ernten, dann ist Schluss!“ Maria Helena Samedá schockte 2015 mit diesem Satz die Öffentlichkeit. Die Ressourcenschutz-Expertin der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO sagt: Den Böden gehe es weltweit sehr schlecht und die Verschlechterung gehe rasant weiter. Wenn wir das nicht aufhalten, dann gäbe es für den größten Teil der Menschheit im Jahr 2076 nichts mehr zu essen.  
 Andrea Beste
- 28 Europäische Agrarpolitik und Ernährungssicherheit | Mehr als eine Frage des Ertrags**  
 Zahlreiche Gutachten verschiedener wissenschaftlicher Beiräte in Deutschland sowie der Europäische Rechnungshof machen seit Jahren klar: Wenn wir nicht umsteuern, gefährden wir die Ernährungssicherheit. Was lernt Europa und was lernen wir daraus?  
 Martin Häusling
- 32 Freilandhaltung von Hühnern versus Nitratrichtlinie | Ja, wo laufen Sie denn?**  
 Es betrifft die konventionelle wie die biologische Haltung: Hühner in großen Freilandanlagen produzieren so viel Kot auf den Auslaufflächen, dass das gegen eine zentrale Vorgabe der Nitratrichtlinie verstößt – den Schutz des Grundwassers. Das sollte eine Rolle in immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren spielen.  
 Tim Stähle
- 34 Herausforderungen der (Ab-)Wasserwirtschaft | Wasserressourcen schützen heißt Klima schützen**  
 Der Klimawandel stellt auch die deutsche Wasserwirtschaft vor neue Herausforderungen. Die Branche hat extreme Wetterereignisse bislang sehr gut gemeistert. Damit dies so bleibt, müssen bestimmte Weichen richtig gestellt werden.  
 Martin Weyand
- 36 Trinkwassergewinnung und Naturschutz in Augsburg | Eine jahrhundertealte Tradition**  
 Augsburg ist mit seinem über 800 Jahre alten und weltweit einzigartigen Wassermanagement-System seit Sommer 2019 UNESCO-Weltkulturerbe: Hier fließt das Trink- und Brauchwasser getrennt in die Stadt; heute kann die Bevölkerung die nachhaltige Wasserbewirtschaftung mit einem eigenen Regenio-Wassertarif unterstützen.  
 Reiner Erben
- 38 Konflikt ums Grundwasser im Landkreis Lüneburg | Weil's so kostbar ist**  
 Im Landkreis Lüneburg spitzt sich ein Streit zu: Wer nutzt das Grundwasser? Wieviel und wofür? Hier ist es der Coca-Cola-Konzern, der für sein Vio-Mineralwasser den dritten Brunnen in der Region anlegen will und schon bei der Probebohrung heftigen Widerstand erlebt. Es geht es um knapp 1.000 Jahre altes Tiefengrundwasser.  
 Ralf Gros und Petra Kruse-Runge
- 40 Ressourcenschutz im Bauwesen | Als gäbe es kein Morgen ...**  
 Der Bausektor gehört zu den Wirtschaftszweigen mit dem höchsten Landschafts-, Rohstoff- und Energieverbrauch. Eine Verbesserung der ökologischen Bilanz wäre längst machbar, das belegen Forschung und Praxisbeispiele.  
 Carola Scholz
- 44 Radonschutz am Beispiel Hessen | Ein kaum bekanntes Risiko**  
 Das natürliche Gas Radon kann überall in der Natur vorkommen – doch von hohen Radonkonzentrationen können Risiken ausgehen. Nach dem Strahlenschutzgesetz müssen bundesweit die Länder bis zum Jahresende Radonvorsorgegebiete ausweisen. Ein wichtiger Baustein der hessischen Radonstrategie ist das im September eröffnete Hessische Radonzentrum. Gleichzeitig werden Kreise, Städte und Gemeinden eng eingebunden.  
 Priska Hinz
- 46 Kommunale Einrichtungen in Coronazeiten | Lüften, Lüften, Lüften**  
 Verwaltung und Politik plagen sich gerade mit vielerlei Fragen rund um eine möglichst coronafreie Luft in kommunalen Einrichtungen herum. Einige haben wir ExpertInnen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung gestellt.  
 Interview mit Robert Kellner und Simone Peters